

# PRESSEINFORMATION

**Gordon Schnieder MdL**  
**Vorsitzender der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**88. Plenarsitzung, Mittwoch, 11. Juni 2025**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1b**  
**zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU**  
**Landesgesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes**  
**(Straßenausbaubeitragsabschaffungsgesetz)**

Unkorrigiertes Redemanuskript

11.06.2025

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

die Fragen, ob Straßenausbaubeiträge noch zeitgemäß sind, stellen wir uns als CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz nicht erst seit gestern. Wir stellen sie uns seit vielen Jahren – und haben sie für uns längst beantwortet: Nein, sie sind es nicht. Sie sind nicht zeitgemäß und sie sind nicht gerecht!

Es ist daher ein gutes Zeichen, dass sich nun auch die FDP öffentlich für eine neue, konstruktive Diskussion zeigt. Ich begrüße ausdrücklich, was Sie, Herr FDP-Fraktionsvorsitzender Steven Wink, exklusiv gegenüber dem Trierischen Volksfreund erklärt haben: „Wir wollen die Eigentümer in Rheinland-Pfalz entlasten.“

Das ist ein wichtiges Signal und wir nehmen die FDP und auch Sie verbindlich beim Wort und für den nun beginnenden parlamentarischen Prozess auch in die Pflicht. Diese neue Offenheit ermöglicht uns, fraktionsübergreifend einen überfälligen Impuls zu setzen – für eine gerechte, bürger-nahe und zukunftsfeste Lösung: Die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Rheinland-Pfalz.

Anrede,

Straßen, Wege und Plätze gehören nach unserer klaren Auffassung zur öffentlichen kommunalen Daseinsvorsorge – genauso wie z. B. Gemeindehäuser.

Wir als CDU sagen seit Jahren klar: Die Finanzierung öffentlicher Infrastruktur ist Aufgabe der Allgemeinheit – zu finanzieren aus allgemeinen Steuermitteln. Denn auch die Umstellung auf die Wiederkehrenden Beiträgen allein war und ist nicht die Lösung.

Ein Blick über die Grenzen unseres Bundeslandes zeigt doch auch, dass Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern isoliert dasteht. Alle anderen Bundesländer haben die Straßenausbaubeiträge entweder abgeschafft oder vollständig flexibilisiert:

- Baden-Württemberg: Nie erhoben.
- Bayern, Berlin, Hamburg, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern: Beiträge rückwirkend abgeschafft.
- NRW: Abschaffung jüngst beschlossen.

Nur Rheinland-Pfalz hält stur an einem überholten Modell fest, das längst nicht mehr zeitgemäß ist. Die Trennung zwischen staatlich finanzierten qualifizierten Straßen und beitragsfinanzierten Gemeindestraßen passt einfach nicht mehr in unsere Zeit.

Anrede,

was haben Sie von der Landesregierung getan? Ich sage: Ein Schritt vor, zwei zurück. Statt die Beiträge endlich mit unserem letzten Gesetzentwurf abzuschaffen, hat die Ampel-Regierung lediglich die Einmalbeiträge gestrichen und gleichzeitig Wiederkehrende Beiträge verpflichtend eingeführt. Das war kein Fortschritt, sondern eine Mogelpackung. Denn faktisch haben Sie nichts verbessert – im Gegenteil:

- Mehr Belastung der rheinland-pfälzischen Grundstückeigentümer gegenüber dem gesamten Bundesgebiet.
- Mehr Bürokratie und Verwaltungsaufwand.
- Mehr Komplexität und rechtliche Unsicherheit.

Und auch wenn die individuellen Beiträge geringer ausfallen, ist insgesamt der Anliegeranteil bei den Wiederkehrenden Beiträgen oft sogar höher als bei Einmalbeiträgen, was die Ungerechtigkeit des Systems nur noch verstärkt. Besonders hart trifft das Menschen, die ohnehin bereits unter der Grundsteuerreform und steigenden Lebenshaltungskosten leiden.

Wir müssen diese Entwicklung stoppen und es ist unsere Pflicht sie von weiteren Abgaben zu entlasten. Und jedem ist doch klar, dass der Wert eines Grundstücks in einer Ecke der Abrechnungseinheit nicht dadurch steigt, dass am anderen Ende eine Straße ausgebaut und damit saniert wird.

Anrede,

wir legen Ihnen mit unserem neuen Gesetzentwurf einen konkreten, finanzierbaren und rechtssicheren Weg zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vor. Unser Modell basiert auf drei wesentlichen Zielen:

1. Eine spürbare Entlastung der Grundstückseigentümer.
2. Ein einfaches, nachvollziehbares und gerechtes System.
3. Planungs- und Gestaltungssicherheit für unsere Kommunen.

Kernstück unseres Vorschlags ist dabei die Einführung einer Investitionskostenpauschale:

- 200 Millionen Euro jährlich aus originären Landesmitteln.
- Dies entspricht einem Zuschuss von rund 10.000 Euro pro Kilometer kommunaler Straße und Jahr.
- Zweckgebunden und ansparbar, um kommunale Projekte planbar zu machen.
- Und keine aufwendigen Antragsverfahren, sondern automatische Zuweisungen – also ohne zusätzliche Bürokratie.

Das ist Verwaltungsvereinfachung, Planungssicherheit und Gerechtigkeit in einem. Wir peilen dabei einen Startzeitpunkt zum 1. Januar 2027 an. Gleichzeitig sorgen wir mit klaren Übergangsregeln dafür, dass bis Ende 2025 beschlossene Maßnahmen noch nach geltendem Recht abgerechnet werden können.

Anrede,

wer Eigentum übernimmt, übernimmt Verantwortung. Das ist richtig. Aber Verantwortung bedeutet nicht, dass Einzelne die Grundlast der Infrastruktur tragen müssen, die alle nutzen. Der Staat darf sich nicht bequem auf dem Rücken der Eigentümer ausruhen. Wir brauchen ein neues, solidarisches Verständnis von Infrastrukturfinanzierung. Gerechtigkeit heißt: Alle tragen – über Steuern – das, was allen dient.

Lieber Herr Kollege Wink,

wenn Sie – wie Sie sagen – die Eigentümer in Rheinland-Pfalz wirklich entlasten wollen, dann geben Sie diesem Gesetzentwurf eine Chance und Ihre Zustimmung. Nutzen Sie Ihren Einfluss in der Koalition. Setzen Sie sich dafür ein, dass aus Worten Taten werden. Die Menschen im Land erwarten genau das: Lösungen statt Vertröstungen.

Anrede,

die CDU steht seit vielen Jahren verlässlich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge – konsequent, durchdacht, finanziell verantwortbar. Jetzt ist der Moment gekommen, gemeinsam mit der FDP und allen anderen demokratischen Fraktionen den nächsten Schritt zu tun.

Lassen Sie uns diese neue Dynamik nutzen. Für mehr Gerechtigkeit. Für unsere Bürgerinnen und Bürger. Für mehr Vertrauen. Damit Rheinland-Pfalz endlich im Bereich der Straßenausbaubeiträge die Rote Laterne mit abgibt.

Herzlichen Dank.